

Erarbeitet Thesen des Workshops „Deutschland in Europa 2030“

- 1.** Die Euro-Krise hat gezeigt, dass eine Währungsunion auch eine gemeinsame Wirtschaftspolitik braucht. Die EU-Staaten müssen sich auf gemeinsame Regeln verständigen, deren Einhaltung streng überwacht wird. Bei Verstößen gegen den Stabilitätspakt muss künftig ein automatischer Sanktionsmechanismus greifen. Überprüft werden sollte auch, inwieweit die Steuersysteme harmonisiert werden können.
- 2.** Die EU muss nach außen mit einer Stimme sprechen. Das nationale Vetorecht in der Außen- und Sicherheitspolitik muss abgeschafft werden. Stattdessen sollte per Mehrheitsbeschluss entschieden werden.
- 3.** Auch für andere Politikbereiche gilt: Verbleibende Blockademöglichkeiten einzelner Staaten sollten abgeschafft werden. Mehrheitsbeschlüsse im Ministerrat sollten die Regel sein. Auch Deutschland muss dafür eine Einschränkung seiner Souveränität hinnehmen. Die Umwandlung der EU-Kommission in eine Art europäische Regierung ist dagegen nicht notwendig.
- 4.** Wenn einzelne Staaten zu einer verstärkten Zusammenarbeit nicht bereit sind, sollten die anderen ohne sie voranschreiten können. Die Existenz verschiedener Integrationsstufen nebeneinander ist einem Stillstand vorzuziehen.
- 5.** Die EU ist offen für alle europäischen Länder, die die Konvergenzkriterien erfüllen. Eine Aufnahme von Staaten jenseits des europäischen Kontinents, beispielsweise der Maghreb-Länder, ginge aber zu weit.
- 6.** Die Vermittlung der EU-Politik muss verbessert werden. Beginnen sollte sie in den Schulen. Auch in den Medien findet Europa zu wenig statt. Ein Weg, Europa greifbarer zu machen, könnten grenzüberschreitende Wahlkampagnen der verschiedenen Parteifamilien sein.